

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphische
Anzeiger, Riesa.

Amtsblatt

Verlagsstelle
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 7.

Mittwoch, 10. Januar 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rohlaustraße 50. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Artikel II, § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetz-Blatt Seite 245 ff. — nach dem Durchschnitte der höchsten Tagespreise des Hauptmarktes Großenhain im Monat November vor. Jhrs. festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthschaften innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monat Dezember vor. Jhrs. an Militär-Pferde zur Verabreichung gelangende Marschfourage beträgt:

9 Mt. 97,5 Pf. für 50 Kilo Hafer,
5 Mt. 97 Pf. = 50 = „ „
3 Mt. 15 Pf. = 50 = „ „

Königliche Amtshauptmannschaft Großenhain,
am 5. Januar 1894.
v. Wilmsh.

D. 24

In.

Bekanntmachung.

das Betreten der Elbstrom-Eisbede betr.

Die unterzeichnete Behörde sieht sich veranlaßt, dem Publikum zur Vermeidung von Unglücksfällen bei dem Betreten der Eisbede des Elbstromes die möglichste Vorsicht anzuempfehlen. Der Uebergang über den Elbstrom ist nur an solchen Stellen gestattet, wo sich

die Eisbede über den ganzen Strom erstreckt und darf nur auf den abgesteckten Eisbahnen erfolgen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 20 Mark oder verhältnismäßiger Haftstrafe geahndet.

Bei gleicher Strafe wird auch das Schlittschuhlaufen auf der Eisbede des Elbstromes an anderen als den Stellen der Ortsbehörden nach vorheriger Untersuchung besonders dazu angewiesenen und abgesteckten Stellen untersagt.

Riesa, am 8. Januar 1894.

Königliche Amtshauptmannschaft als Elbstromamt.

Nr. 151 A.

v. Kirchbach.

B.

Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Abraham Kamp, in Firma A. Kamp zu Riesa wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.

Riesa, den 8. Januar 1894.

Königliches Amtsgericht.

Geldner.

Veröffentlicht: Aktuar Werlach, W.-Z.

Tagesgeschichte.

Der Reichstag ist am Dienstag wieder zusammengetreten. Vor Weihnachten hat er vier Wochen getagt und seine damaligen Beratungen bilden gewissermaßen das Vorbild zu den großen Verhandlungen, die sich jetzt abspielen sollen. Die Tagung vor dem Feste hat mit einem außerordentlichen Erfolge für den Grafen Caprivi abgeschlossen, indem er die drei „kleinen“ Handelsverträge unter Dach und Fach bringen konnte, — allerdings nur mit Hilfe von Parteien, an deren Unterstützung die Reichsregierung bisher nicht gewöhnt war. — Als sich der zweite Reichskanzler vor nunmehr bald vier Jahren dem Reichstage vorstellte, sagte er u. a., daß unter seiner Leitung die Politik etwas langweilig werden würde. Das Gegenstück davon ist eingetroffen, wenn auch ohne Schuld des Grafen Caprivi; aber das deutsche Volk ist während der letzten vier Jahre aus der Aufregung wenig herausgekommen; an kritischen Zuständen im Innern hat es nicht gefehlt und für die Politik der Reichsregierung ist es ein charakteristisches Zeichen, daß sich die Konservativen direkt zu Gegnern erklärt haben. Wie falsch es aber wäre, aus diesem Umstand auf einen Umschwung in den Ansichten der leitenden Kreise zu schließen, zeigt der Briefwechsel zwischen dem ostpreussischen konservativen Verein und dem Grafen Caprivi. — Dieser Briefwechsel — das steht außer Frage — hat den zerrissenen Draht zwischen den Konservativen und der Reichsregierung wieder geknüpft. Der „Bund der Landwirthe“ wird etwas zurück, die konservative Partei wieder mehr vortreten. Die Zeit des Herrn v. Helldorf ist nähergerückt und die Folgen davon werden die kommenden Reichstagsverhandlungen zeigen. Etwas haben die Konservativen erreicht: der Identitätsnachweis für Getreide wird freigegeben und wenigstens eine Enquete über die Silberfrage wird veranstaltet werden. Das hat der Kanzler in Aussicht gestellt, wobei allerdings noch fraglich bleibt, ob der Reichstag der Aufhebung des Identitätsnachweises zustimmt. — Es ist nicht unwahrscheinlich, daß durch diese Nachgiebigkeit der Regierung ein Theil der Konservativen für den Handelsvertrag mit Rußland gewonnen werde, so zwar, daß die rechte Seite des Hauses nicht direkt zustimmt, aber doch auch nicht alle Kräfte anspannen um die Ablehnung herbeizuführen. Mit der Annahme des Handelsvertrages wäre jedoch erst eine Schwierigkeit beseitigt; es bestehen aber deren mehrere. Da sind noch die Steuergesetze, die den Mehrbedarf zur Ausführung der Militärvorlage bringen sollen, und die Reichssteuerreform. Obwohl Graf Caprivi der Deckung der militärischen Mehrbedürfnisse zu Liebe auch den Finanzreformplan mit in den Kauf nahm, scheint ihm die Aussicht, daß die Verwerfung der vorgeschlagenen Finanzreform auch ungünstig auf die Realisierung der Militärvorlage einwirken könne, jetzt besondere Pein zu bereiten, und es wird nicht ganz unbedeutend gewesen sein, wenn man von einer Verständigung zwischen dem Reichskanzler und Herrn Miquel gesprochen hat. Die Stimmung in Reichstagskreisen war bis dahin gegenüber Steuergesetzen und der damit verbundenen Aenderung in der Finanzgebarung des Reiches so kritisch, daß die Regierung froh sein mußte,

wenn sie eine opferwillige Majorität fand, die die für die Deckung der Militärvorlage notwendigen Aufwendungen bewilligte. Da aber dem Finanzminister in erster Linie daran liegt, für die Befriedigung der reformerischen Defizits in Preußen vom Reiche eine angemessene Vergütung zu erhalten, und da er alles daransetzt, seinen Wunsch zur Durchführung zu bringen, so hatte dieser Gegensatz zwischen den maßgebenden Stellen eine verzweifelte Reklamation mit einer „Reklama“ — Bei dieser Gelegenheit muß darauf hingewiesen werden, daß sich in den Kreisen des Centrums den Steuervorlagen der Regierung gegenüber eine größere Geneigtheit als bisher geltend macht. Der Abg. Vöber hat sich in einer seiner letzten Reden sehr energisch gegen diejenigen Centrumsblätter gewandt, die zu den Steuerfragen früher Stellung genommen haben, als die Centrumpartei selber! Findet also die Reichsregierung wenigstens für die Steuerentwürfe in der einen oder anderen Form das gewünschte Entgegenkommen, dann wäre ihre Lage bedeutend erleichtert. Es bliebe dann noch die Finanzreform übrig, die Herrn Miquel besonders am Herzen liegt. Natürlich hängt diese von der Bewilligung sämtlicher Steuern ab; denn wenn eine oder die andere abgelehnt wird, dann bleibt natürlich kein Geld für die Finanzreform übrig, die zu den Steuerfragen früher Stellung genommen haben, als die Centrumpartei selber! Findet also die Reichsregierung wenigstens für die Steuerentwürfe in der einen oder anderen Form das gewünschte Entgegenkommen, dann wäre ihre Lage bedeutend erleichtert. Es bliebe dann noch die Finanzreform übrig, die Herrn Miquel besonders am Herzen liegt. Natürlich hängt diese von der Bewilligung sämtlicher Steuern ab; denn wenn eine oder die andere abgelehnt wird, dann bleibt natürlich kein Geld für die Finanzreform übrig, die zu den Steuerfragen früher Stellung genommen haben, als die Centrumpartei selber! Findet also die Reichsregierung wenigstens für die Steuerentwürfe in der einen oder anderen Form das gewünschte Entgegenkommen, dann wäre ihre Lage bedeutend erleichtert. Es bliebe dann noch die Finanzreform übrig, die Herrn Miquel besonders am Herzen liegt. Natürlich hängt diese von der Bewilligung sämtlicher Steuern ab; denn wenn eine oder die andere abgelehnt wird, dann bleibt natürlich kein Geld für die Finanzreform übrig, die zu den Steuerfragen früher Stellung genommen haben, als die Centrumpartei selber!

Deutsches Reich. Der Großherzog von Hessen hat sich mit der zweiten Tochter des Herzogs Alfred, Prinzessin Viktoria, verlobt.

Der russische Botschafter Graf Schumalow wohnte, wie wir hören, als Gast am Sonntag der Laute der Tochter des Grafen Herbert Bismarck in Schloß Schönhausen bei. Graf Schumalow ist ein alter Freund des Hauses Bismarck. Er wohnte auch der Hochzeit des Grafen Hertert in Wien bei.

Nach der „Bos. Ztg.“ erreichte die überseeische Auswanderung über Hamburg im Jahre 1893 die Höhe von insgesamt 58876 Personen (die niedrigste Ziffer seit 1879) gegen 108800 im Jahre 1892 und 144382 im Jahre 1891.

Die „Bos. Ztg.“ schreibt mit Bezug auf ihre gestern mitgetheilte Meldung von einem abgelehnten Hüdrüttelgesetz des Reichskanzlers: „Gegenüber unsern gestrigen Mittheilungen über die jüngsten Krisengerüchte wird uns aus amtlicher Quelle versichert, daß diese Meldungen jeder Begründung entbehren. Mit Rücksicht auf den amtlichen Charakter dieser Erklärung glauben wir uns ihrer Wiedergabe nicht anzuehnen zu sollen. Darnach scheint das Blatt an seinen Angaben festhalten zu wollen.“

Ueber die Zeit, zu welcher voraussichtlich der Abschluß der Verhandlung des deutsch-russischen Handelsvertrages im Reichstage zu erwarten sein möchte, gehen verschiedene Gerüchte durch die Presse. Wie wir hören, giebt man sich an leitenden Stellen der Hoffnung hin, daß, wenn der Vertrag

dem Reichstag in der zweiten Hälfte Februar zuginge, die volle Möglichkeit gegeben sein dürfte, ihn noch vor Ostern zu erledigen.

Nachdem vor Kurzem der Bericht der „Börsen-Enquete-Kommission“ dem Bundesrath und dem Reichstag vom Reichskanzler vorgelegt worden war, ist der Letztere nunmehr, wie der „Reichsanz.“ meldet, mit den Regierungen der Bundesstaaten, in welchen Börsenanstalten sich befinden, in Verbindung getreten, um deren Anschauungen über das Ergebnis kennen zu lernen. Es werden hierbei die einzelnen von der Kommission vorgeschlagenen reichs- und landesgesetzlichen sowie administrativen Bestimmungen einer Erörterung unterzogen werden. Die Sitzungs- (Berathungs-) Protokolle der Kommission sind nunmehr im Druck erschienen. Sie werden zugleich mit den stenographischen Protokollen über die Berathung der Sachverständigen, welche für 50 Mt. erhältlich sind, ohne besonderen Preiszuschlag von der Reichsdruckerei abgegeben.

Vom Reichstage. Nachdem der Präsident gestern die Sitzung mit den besten Glückwünschen für Kaiser und Reich, sowie für die Mitglieder eröffnet hatte, begann die Berathung des Übereinkommens der Dresdner Sanitätskonferenz. Abg. Döffel (Reichsp.) begrüßt dasselbe. Die Dresdner Konferenz sei nicht minder wichtig als ihre Vorgängerin in Benedig. Abg. Kruse (natl.) und Dr. Langerhans (fr. B.-P.) sprechen sich im Ganzen zustimmend aus. Staatssekretär Dr. von Boetticher bestätigt die Auffassung Dr. Langerhans', daß es sich bei der Dresdner Konvention nur um Wulderung der Härten handele, die bei der Unterdrückung der Cholera früher geherrscht haben. Die Konvention umfasse alles bis dahin Erreichbare. Sicherlich lasse sich für die Gesundheitspflege vieles thun, was darin nicht berührt ist; diese Punkte ließen sich aber nicht so leicht einheitlich regeln, so sei die Fürsorge für gesunde Wohnungen nicht allgemein zu regeln. Die Regierlagen würden jedoch auf dem Gebiete der Gesundheitspflege alles mögliche thun. Nach kurzer weiterer Debatte wird die Konvention in erster und zweiter Lesung angenommen. Es folgte alsdann die Berathung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung der Konkursordnung in Verbindung mit Centrumsanträgen zum Gesetzentwurf. Abg. Mintelen (Ctr.) bekräftigt die Anträge, die auf den socialpolitischen Anschauungen der Partei beruhen. Die Anträge sollen verhindern, daß Konkursmacher als wohlhabende Leute aus dem Konkurs hervorgehen. Der Hauptübelstand sei, daß die Konkursanmeldung jetzt nur im Falle einer Zahlungsunfähigkeit erfolgen müsse. Abg. Buchta (konf.) steht der Tendenz der Centrumsanträge sympathisch gegenüber, zieht jedoch die Regierungsvorlage vor und stimmt dem Antrage auf Kommissionsberathung zu. Staatssekretär im Reichsjustizamt Niederding erklärt: Die Regierungen gehen sehr ungern an dieses Gesetz, da sie nicht weit vor Ertrag des bürgerlichen Gesetzbuches stehen. Indessen veranlaßt die Dringlichkeit der Interessen die Regierungen, dieses Nothgesetz vorzulegen, um bis zu einer definitiven Regelung einen haltbaren Zustand zu schaffen. Die Anträge Mintelen werden nach meiner persönlichen Auffassung schwerlich die Zustimmung der Regierungen erlangen. Dieselben enthalten